WELT ONLINE

URL: http://www.welt.de/welt_print/article2063952/Revolution_in_der_Migrationspolitik.html

Bilder ein-/ausblenden Artikel drucken

4. Juni 2008, 04:00 Uhr VON MARIAM LAU

Revolution in der Migrationspolitik

Endlich will die Bundesregierung wissen, was ihre Integrationsanstrengung wirklich bringt

Berlin - Wenn sich heute im Kanzleramt das Bundeskabinett um den ovalen Tisch versammelt, wird sich eine sensationelle Selbstverständlichkeit ereignen. Zum ersten Mal in der Geschichte der Zuwanderung nach Deutschland, so wird Maria Böhmer (CDU) heute fordern, soll ein Instrumentarium entstehen, mit dem messbar wird, wo Integration gelungen ist und wo nicht. Die Staatsministerin für Integration will vor allem, "dass der Staat endlich einmal sieht, wie effizient oder ineffizient seine Maßnahmen sind. Bisher ist das immer im Blindflug geplant worden." 750 Millionen Euro hat beispielsweise allein der Bund für den letzten Nationalen Integrationsplan 2006 ausgegeben - viel Geld für einen "Blindflug". 14 Indikatoren - darunter Bildung, Arbeitsmarkt, Gesundheit, Kriminalität und politische Partizipation - sollen künftig Übersicht verschaffen.

Aber nirgendwo wird das Verlangen nach Effizienz dermaßen misstrauisch beäugt wie in der Integrationspolitik. Dass es vier Jahrzehnte gedauert hat, bis man sich zum "Integrationsmonitoring" durchringen konnte, kann sich der Migrationsforscher Klaus J. Bade nur mit ideologischen Blockaden erklären: "Wir haben uns zu lange mit der Frage aufgehalten, ob wir nun ein Einwanderungsland sind oder nicht." Statistisches Wegsehen helfe niemandem. "Es ist gut", meint Bade, "dass das Ruder jetzt kraftvoll herumgerissen wird." Peter Altmeier, Parlamentarischer Staatssekretär im Innenministerium, findet noch schärfere Worte: "Das Fehlen von Indikatoren zur Integrationsmessung steht pars pro toto für das Versagen des Staates und der Politik der letzten 20 Jahre."

Ein zentrales Problem, das Maria Böhmer mit dem neuen Monitoring lösen möchte, ist, dass zwar Ausländer und Deutsche erfasst werden, aber selten die Deutschen "mit Migrationshintergrund". Wie sie jetzt sind, geben die Zahlen aber ein völlig verzerrtes Bild wieder. So sind beispielsweise von den 3,4 Millionen Einwohnern Berlins offiziell 450 000 Ausländer. Aber es gibt 340 000 Berliner "mit Migrationshintergrund" - was Konsequenzen beispielsweise für die Planung des Wohnbedarfs haben dürfte.

Aber die Behörden haben Angst vor dem Vorwurf der "Rassendiskriminierung", der unweigerlich erhoben würde, wenn man beispielsweise eine Kriminalstatistik ethnisch aufschlüsselte. Günter Piening, der Berliner Integrationsbeauftragte, hat für solche Vorwürfe vollstes Verständnis: "In einer Stadt, in der der Ariernachweis erfunden wurde, leuchtet es mir ein, wenn Leute Bauchschmerzen damit haben, noch in der dritten Generation als Migranten angesehen zu werden." Wie lange also ist man Migrant? In Berlin künftig offiziell bis zum Erreichen der Volljährigkeit in der zweiten Generation.

Für Piening, dessen Behörde bereits ein eigenes Modell zum Integrationsmonitoring mit 13 Indikatoren entworfen, aber noch nicht eingesetzt hat, verdeckt die bisherige Form der Statistik nicht nur Schwierigkeiten: "Integrationserfolge sind unsichtbar. Wer Manager bei Ebay geworden ist, taucht nicht mehr als Türke auf."

Dieses Problem haben allerdings die wenigsten. In Wiesbaden ist man mit dem Monitoring schon ein bisschen weiter. Hier hat man im Integrationsbericht von 2006 den Finger auf die Wunden gelegt. Jeder neunte Deutsche mit Migrationshintergrund verlässt die Schule ohne Abschluss. Während 60,7 Prozent der Herkunftsdeutschen Abitur machen, tun das nur 26,9 Prozent mit Migrationshintergrund. Vor allem aber zeigt der Bericht schwarz auf weiß, was bisher oft reine Polemik war: dass nur 28 Prozent der Zuwanderer "einheiraten" in die deutsche Gesellschaft, während 45 Prozent einen Ehepartner mit Wohnsitz im Ausland heiraten - vor allem Männer. Hinter dieser Zahl verbergen sich die sogenannten Importbräute - junge Frauen, die vor der Novellierung des Zuwanderungsgesetzes ohne jede Sprach- und Gesellschaftskenntnis nach Deutschland kamen. Auf diese Weise wiederholt sich immer wieder eine "erste Generation", weil Frauen in dieser Lage auch ihren Kindern nicht bei der Integration helfen können - eher schon ist es umgekehrt. "Die Notrufstellen berichten uns, dass sie manchmal von Frauen angerufen werden, die nicht einmal sagen können, in welcher Stadt sie leben", erzählt Maria Böhmer. "Diese Frauen wollen wir nicht ausgrenzen, wie oft befürchtet wird. Wir wollen ihnen helfen." Ganz heikel war es für die Wiesbadener geworden, als sie nach der Fertilitätsrate gefragt hatten. "Sofort wurde uns unterstellt, wir wollten verhindern, dass die Zuwanderer Kinder bekommen", erinnert sich Jeanine Rudolph, Leiterin der Integrationsabteilung und Co-Autorin des Berichts. "Was wir aber eigentlich wollten, ist, Veränderungen zu erfassen." Tatsächlich sinkt die Geburtenrate bei Zuwanderern mit dem Integrationsgrad. "Wir definieren Integration als Angleichung der Lebensverhältnisse", sagt Frau Rudolph. "Wenn die Frauen hier angekommen sind, emanzipieren sie sich, gehen arbeiten. Ich jubele nicht, weil sie weniger Kinder

bekommen, ich will es nur wissen. Wir wollten das Thema von seiner moralischen Aufladung befreien." Mit den Zahlen ist Frau Rudolph auch zu Migrantenverbänden gegangen. "Dass wir den Eltern zeigen konnten, wie eng der Zusammenhang zwischen Kindergartenbesuch und Schulerfolg ist, hat hier enorm eingeschlagen." Gerade den Müttern, die oft niemand anderen haben als ihre Kinder und sie ängstlich festhalten, hätte man das vorsichtig nahebringen müssen. Das Programm "Mama lernt Deutsch" hat da geholfen.

Interessant ist auch die hessische Erfahrung mit Einbürgerungsfeiern. Immer weniger wollen Deutsche werden. Auf dem Papier sieht es erst einmal nicht so gut aus: von 1053 Eingeladenen kommen gerade mal 503. "Aber die 50 Prozent haben Tränen in den Augen", berichtet Jeanine Rudolph. "Die kommen mit Kind und Kegel und sind ungeheuer dankbar."

Genauso schwierig wie die Erfassung der Fertilitätsrate ist es mit der Religion - schon weil die Muslime in Deutschland nicht als Religionsgemeinschaft zählen. Aber um die viel beschworene Korrelation zwischen Islam und Schulversagen, Gewaltkriminalität oder dysfunktionalen Familienstrukturen einmal aus dem Nebelreich der Polemik zu befördern, wäre das dringend notwendig. Frau Rudolph ist selbstkritisch der Meinung, bisher sei das Monitoring zu "defizitorientiert". Vielsprachigkeit sei doch ein Vorteil für die deutsche Gesellschaft.

Für ihre Arbeit, die deutschlandweit und auch im Bundeskanzleramt als vorbildlich gilt, hat die Behörde eine Auszeichnung vom Land bekommen - überreicht von Ministerpräsident Roland Koch.

Ethno-Marketing ist reif
Werben im Freizeitumfeld, Mit Ambient Media zum Ziel
www.em2com.de

Das Geheimnis im Keller
Wen versteckte eine Duisburgerin 60 Jahre im Keller ihres Hauses?
www.eylandt.de

Data Integration
Data Integration Specialists Consultancy, Training, Support
www.agilesolutions.co.uk

Google-Anzeigen